

Jürgen Kocka

Wissenschaft und Politik in der DDR

1 Eine politisch durchherrschte Gesellschaft?

Vor allem im Rückblick erscheint vielen Betrachtern die Geschichte der DDR als Geschichte einer "durchherrschten Gesellschaft". Die sich auf die Lehre des Marxismus-Leninismus stützende - und diese zugleich verbindlich auslegende - Partei- und Staatsführung beanspruchte weitreichende Gestaltung und Kontrolle. Sie versuchte, alle Teilbereiche der Gesellschaft zentral zu steuern. Staat, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft und Kultur besaßen in der DDR keine funktionale Selbständigkeit, sondern waren dem politischen Führungsanspruch der Zentrale unterworfen. Zum Zwecke der politischen Steuerung, Kontrolle und Durchdringung aller Bereiche bestand ein ausgedehnter, zentral gelenkter, hierarchischer Herrschafts- und Verwaltungsapparat, der SED und Staatsorgane auf das engste verband und jener die Vorhand über diese sicherte. Die politische Herrschaft der Partei- und Staatsführung wurde von Verfassung und Recht nur wenig begrenzt. Auf politischen und weltanschaulichen Pluralismus hatte sie keine Rücksicht zu nehmen. Sie mußte nicht an den institutionalisierten Rechten privater Räume und intermediärer Gruppen Halt machen - mit der halben Ausnahme der Kirchen. Sie verfügte über vielfältig abgestufte Mittel der Durchsetzung: von der zu gewährenden oder zu verweigernden Ausstattung mit monopolisierten Ressourcen bis zu verschiedenen Formen der Repression. All dies unterschied die DDR grundsätzlich vom Typus des "bürgerlichen" Rechts- und Verfassungsstaates, der die Durchgriffs- und Gestaltungsmacht der Politik begrenzt und die Ausdifferenzierung des Gesamtsystems in teilautonome, nach je spezifischen Regeln funktionierende Teilbereiche - wie Markt, Politik und Wissenschaft - jedenfalls im Prinzip gewährleistet.

Die Forschung hat diesen Befund empirisch herausgearbeitet und theoretisch-begrifflich auf verschiedene Weise zu fassen versucht. Man hat von der "durch-

herrschen", der "politischen", der "verstaatlichten" Gesellschaft der DDR gesprochen, auch vom "vormundschaftlichen Staat".¹ Man hat - im Anschluß an Max Weber - von der Entdifferenzierung der Institutionen und der Unterinstitutionalisierung bereichsspezifischer Rationalitätskriterien als Kern der Durchpolitisierung des DDR-Systems und als Ursache seiner sich langfristig herausstellenden Leistungsschwäche gesprochen.² Detlev Pollack hat den oben skizzierten Sachverhalt mit dem Begriff der "Organisationsgesellschaft" zu fassen versucht.³ Der an sich ältere, ursprünglich in bezug auf die faschistischen Diktaturen der ersten Jahrhunderthälfte und die stalinistische Sowjetunion entwickelte Begriff des "Totalitarismus" oder der "totalitären Diktatur" wird bisweilen benutzt, um jene Eigenarten der DDR zu fassen, durch die sie sich vom westlichen Rechts- und Verfassungsstaat unterschied. Doch ist besonders die sozialgeschichtliche Tragfähigkeit des Begriffs sehr umstritten.⁴ Verbreitet und gut begründbar ist die Praxis, die DDR als (moderne) Diktatur des sozialistisch-kommunistischen Typs zu begreifen, doch auch dieser Begriffsvorschlag hat sich nicht völlig durchgesetzt.⁵ Vor allem aber hat die empirische Forschung den allgemeinen Befund von der diktatorisch durchherrschten Gesellschaft der DDR erheblich differenziert, und zwar in doppelter Weise. Zum einen betont sie die ausgeprägte Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Diktatur in der DDR. So total und ambitiös der Anspruch auf politische Steuerung von der Partei- und Staatsführung auch vertreten und ideologisch begründet wurde, so eng waren häufig die tatsächlichen Grenzen der diktatorischen Penetration und Durchherrschaft von Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur gezogen - Grenzen, die sich aus der sperrigen Komplexität der modernen Gesellschaft, ihren Funktionsimperativen, ihrer Einbindung in internationale Zusammenhänge, aber auch aus dem Fortleben älterer

¹ Vgl. Kocka (1994): 547-553; Schroeder (1994): 11-26; Jessen (1995): 96-110 ("verstaatlichte Gesellschaft"); Henrich (1990).

² Vgl. Lepsius (1994): 17-30; begrifflich ähnlich Kaube in diesem Band.

³ Pollack (1990): 292-307, bes. 296f; ders. (1994): 60-77.

⁴ Vgl. Friedrichs/Brzezinsky (1957); Arendt (1993): 704ff.; Bracher (1987); Backes/Jesse (1992): 7-27. Kontrovers zur Brauchbarkeit in bezug auf die DDR: Meuschel (1993): 5-14; Jessen (1995a): 96-110; sowie die Beiträge von H. Möller und J. Kocka in: Materialien (1995): 576-597 sowie 597-642 (Diskussion). Vgl. auch Jesse (1994): 12-14. Gute kritische Bestandsaufnahme aus der Sicht eines Historikers: Kershaw (1994): 23-40.

⁵ Vgl. Kocka (1993): 9-26; Fulbrook (1994): 77-85; Fulbrook (1995). Die Einwände beziehen sich insbesondere auf die Charakterisierung der DDR-Diktatur als "modern" oder - wenn auf das Attribut "modern" verzichtet wird - auf die dann gegebene Unspezifität des Diktaturbegriffs. Einiges aus dieser Diskussion jetzt gut referiert bei Tenorth et al. (1996): 34-36.

Traditionen und dem "Eigensinn" der Menschen ergaben und die sich nicht nur in den vielzitierten "Nischen", informellen Beziehungsnetzen und der Schwarzmarktwirtschaft manifestierten, sondern auch in (wenngleich begrenzten und immer gefährdeten) Spielräumen zur Selbstorganisation, Gestaltung und Resistenz, die für gesellschaftliche Institutionen wie Kirche, Familie, Jugend oder auch Wissenschaft bestanden.⁶

Zum anderen zeigen historische Untersuchungen den Wandel des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft der DDR im Laufe der Zeit. Von den späten vierziger bis in die frühen sechziger Jahre gingen von der Partei- und Staatsführung härtere Repressionen und tiefere Eingriffe in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur mit größerer Dichte und Intensität aus als in den siebziger und achtziger Jahren. Bis in die sechziger Jahre hinein war das System sehr brüchig, nur allmählich etablierte es sich, und zwar schrittweise, mit teilweise gewaltsamen Mitteln, großer diktatorischer Energie und harten Konflikten. In der "Ära Honecker" hatte es sich dagegen einigermaßen etabliert. Nun litt es eher unter den Folgen innerer Erstarrung, unter denen es schließlich zerbrach.

Allerdings läßt sich nicht von einer linearen Abnahme innerer Kontrollen und Gängelungen sprechen. Für das Verhältnis der Staats- und Parteiführung zur Wissenschaft kann man vielmehr ganz grob folgende Phasen und Variationen unterscheiden: Nach einer kurzen Wiederaufbauphase, in der die Mithilfe "bürgerlicher" Wissenschaftler gebraucht und ihnen weitgehende Autonomie in Forschung und Lehre eingeräumt wurde, setzte 1948/49 der "Sturm auf die Festung Wissenschaft" ein, um den Aufbau einer marxistisch-leninistischen Wissenschaft in die Wege zu leiten. Nach dem Mauerbau und vor allem in der Phase des "Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" (NÖSPL) kam es zu einer gewissen Korrektur und Zurücknahme direkter Ein-

⁶ Dazu jetzt grundlegend Bessel/Jessen (1996); darin zahlreiche Fallstudien sowie die Einleitung der Hg. (S. 7-23) sowie Lindenberger (1996): 298-325. Systematisch mit der gleichen Stoßrichtung zuletzt: Pollack (1998): Der politische Homogenisierungsanspruch der Führung habe die funktionale Differenzierung der gesellschaftlichen Teilbereiche nicht völlig aufgehoben; das planwirtschaftliche Versorgungssystem habe die Wahrnehmung individueller Eigeninteressen und tauschwirtschaftliche Selbsthilfe nicht aufgelöst, sondern gefördert; die Überorganisation der Gesellschaft habe zur Herausbildung informeller Netzwerke geführt; die programmatische Westabschottung habe die faktische Westorientierung der Bevölkerung nicht beseitigt, im Gegenteil; die staatliche Repression habe ihre funktional bedingten Grenzen gehabt. Noch weiter geht Jessen (1995a): 109, wenn er zu zeigen versucht, daß es in der DDR komplementär zur Verstaatlichung der Gesellschaft zu einer Vergesellschaftung des Staates gekommen sei.

griffe durch Partei und Staat; nicht nur die wirtschaftenden, auch die wissenschaftlichen Institutionen gewannen mehr Freiraum und Mitspracherechte. Die Akademiereform von 1968-70 leitete dann einen erneuten Versuch von Partei und Staat ein, die wissenschaftliche Forschung stärker zu lenken, nun weniger über Ideologisierung als unter Betonung der "auftragsgebundenen Forschung" und ihrer "aufgabenbezogenen Finanzierung", also durch verstärkte Einforderung des Anwendungsbezugs. Seit Beginn der achtziger Jahre fand dann eine Rückbesinnung auf die Notwendigkeit "erkundender Vorlauftforschung" und damit auf Grundlagenforschung statt, unbeschadet der Fortexistenz intensiver Steuerungsmechanismen, die erst kurz vor dem Zusammenbruch an Wirksamkeit verloren.⁷ Insgesamt gilt, daß die Partei- und Staatsführung in den achtziger Jahren, die im folgenden eindeutig im Vordergrund stehen, bereiter und fähiger war als in früheren Jahrzehnten, die je spezifischen Funktionsimperative gesellschaftlicher Teilbereiche, so auch des Wissenschaftssystems, zu berücksichtigen, ein Stück weit zu respektieren und, wenngleich innerhalb weiterhin eng gezogener politisch-ideologischer Grenzen, zur selbstorganisatorischen Entfaltung kommen zu lassen - nicht aus Gründen politisch-ideologischer Bescheidenheit, sondern primär aus dem Interesse an der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Teilbereiche und des Gesamtsystems, aus dem Streben nach internationaler Wettbewerbsfähigkeit ("Weltniveau") und aus dem Wunsch nach internationaler Anerkennung.⁸ Wie lassen sich die Ergebnisse der Arbeitsgruppe im Hinblick auf solche diktatorhistorischen Fragen zusammenfassen? Inwieweit waren die DDR-Wissenschaften Teil einer politisch durchherrschten Gesellschaft, inwieweit Resultat der Selbstorganisation von Wissenschaftlern und ihren Institutionen? Inwieweit unterstanden sie politischer Steuerung, und inwieweit funktionierten sie nach eigenen Maßstäben und wissenschaftsinternen Kriterien?

2 Leistungsbezug

Im offiziellen Selbstverständnis der DDR waren Wissenschaft und Politik als dialektische Einheit gedacht. Sie sollten nicht als unterschiedlichen Regeln folgende und relativ autonome Teilbereiche voneinander abgegrenzt werden, sondern sie sollten sich gegenseitig durchdringen. Nach ihrem Selbstverständnis war die Politik der Partei- und Staatsführung als weitertreibendes Moment der gesetzmäßigen historisch-gesellschaftlichen Entwicklung wissenschaftlich begrün-

⁷ Diese Periodisierung nach Untersuchungen von R. Hohlfeld, der sie vor allem an der Entwicklung der biomedizinischen Forschung exemplifiziert.

⁸ Diese Wandlungen betont zu Recht: Fulbrook (1996): 274-97, bes. 289ff.

det und zu ihrer Orientierung, Effektivierung, Konkretisierung und Aktualisierung auf Leistungen der Wissenschaft in Form von Forschung, Beratung, Lehre und anderen Anwendungen angewiesen. Während die Partei- und Staatsführung sich damit von Wissenschaft abhängig und auf Wissenschaft begründet erklärte, leitete sie eben daraus das Recht auf die grundsätzliche Anleitung der Wissenschaft in Form von Planung, Steuerung und Kontrolle sowie die Erwartung spezifischer Leistungen ab - was die Sprecher und Vertreter der Wissenschaften zumindest im Kern akzeptierten und als Grundlage ihres eigenen Anspruchs auf praktische Förderung, soziale Anerkennung und politischen Einfluß zu nutzen versuchten. Die Differenz zwischen Politik und Wissenschaft wurde damit nicht völlig geleugnet, jedoch minimiert und jedenfalls für den Denkansatz nicht konstitutiv. Gegensätze oder Konflikte zwischen beiden Seiten waren weder vorgesehen noch legitim, ihre Austragungen also auch nicht geregelt. Die Prämissen, die einem solchen Denken zugrunde lagen, waren gleichzeitig die Prämissen des Herrschaftssystems, der wissenschaftlichen Kritik entzogen und der wissenschaftlichen Reflexion verbindlich vorgegeben.⁹

Aus dieser in der marxistisch-leninistischen Identitätsphilosophie wurzelnden Doktrin über das Verhältnis von Politik und Wissenschaft ließen sich praktische Folgerungen begründen: bei der Definition wissenschaftlicher Aufgaben; in bezug auf die institutionelle Ordnung und die Mechanismen der Planung und Steuerung von Wissenschaft; in bezug auf die Grenzen wissenschaftlicher Kritik; für die Rekrutierung und Plazierung des wissenschaftlichen Personals; und hinsichtlich der Kontrolle wissenschaftlicher Kommunikation. Durchweg gilt, daß Politik und Wissenschaft nicht in starrem Gegenüber auftraten. Man würde stark vereinfachen, wenn man sich ihr Verhältnis als eines von Befehlsgebung (durch die Politik) und -ausführung (durch die Wissenschaft) vorstellte. Vielmehr handelte es sich um ein vielfach vermitteltes symbiotisches Verhältnis gegenseitiger Beeinflussung und Durchdringung. Doch ebenso gilt, daß die Engführung von Politik und Wissenschaft die Substanz der Wissenschaften mehr als den Inhalt der Politik beeinflußt hat und im - nicht vorgesehenen, in der Regel vermiedenen, aber in exemplarischen Momenten manifesten, als Möglichkeit immer präsent und insofern sehr wirksamen - Spannungsfeld die Politik letztlich immer am längeren Hebel saß.

⁹ Offizielle Fassungen dieses Selbstverständnisses z.B. bei Hager (1987): 183f. zum Verhältnis von Politik und Gesellschaftswissenschaften in bezug auf den Zentralen Plan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften für den Zeitraum 1986-1990. Scharfsinnig, aber ohne Kritik der genannten Vorgaben wird der entsprechende Wissenschaftsbegriff entfaltet bei Kröber/Laitko (1976).

"Die Wissenschaft leistet einen ständig wachsenden Beitrag zur planmäßigen Vervollkommnung der Produktion und zur Entwicklung des materiellen und geistig-kulturellen Lebens aller Werktätigen. Sie fördert den Wohlstand, die Gesundheit und die geistigen Bedürfnisse der Menschen im Sozialismus."¹⁰ Daß die Wissenschaften Leistungen für Bevölkerung, Gesellschaft und Staat in der DDR mit Bezug auf deren spezifischen, sich entwickelnden sozialistischen Charakter zu erbringen hatten und daß sich die Fragestellungen, Themen und Ergebnisse der Wissenschaften an dieser Funktionsbestimmung, diesem Leistungsbezug zu orientieren hatten, war ein außerhalb und innerhalb der Wissenschaften breit akzeptierter Grundsatz.

Für die verschiedenen Disziplinen hatte dies unterschiedliche Bedeutung, wie ausführlich im folgenden Kapitel von Renate Mayntz dargestellt wird. Der ausgeprägteste Unterschied bestand zwischen Mathematik, Natur- und Technikwissenschaften auf der einen Seite, Geistes- und Sozialwissenschaften (Gesellschaftswissenschaften) auf der anderen Seite. So wurden z.B. die Inhalte und Ziele der Biomedizin durch gesundheitspolitische Aufgabenstellungen unter Nutzung naturwissenschaftlich begründeter Methodologien und Theorien "wie international üblich"¹¹ bestimmt. Eine systemspezifische Politisierung bedeutete das ebensowenig wie eine Einschränkung der innerwissenschaftlichen Selbstentfaltungsmöglichkeiten. Von der Geschichtswissenschaft wie von anderen Gesellschaftswissenschaften wurde dagegen offen und offiziell "Parteilichkeit" verlangt, d. h. die Orientierung ihrer Fragen, Methoden und Ergebnisse am Einsatz für die als gesetzmäßig unterstellte Entwicklung des Sozialismus (letztlich in der verbindlichen Auslegung durch die Führung der Staatspartei) und am Kampf mit dem "Klassengegner" im "kapitalistischen Ausland" - eine Form von "Leistungsbezug", die nur nach dem marxistisch-leninistischen Selbstverständnis mit seinen identitätsphilosophischen Voraussetzungen dem Grundsatz geschichtswissenschaftlicher "Objektivität" nicht widersprach, tatsächlich aber zur Einschränkung international üblicher Prüfungsverfahren der Geschichtswissenschaft, zur Tabuisierung bestimmter Fragestellungen und zu bipolar verkürzenden Deutungsmustern im Sinne des "Freund-Feind-Denkens" führen konnte.¹² Daß die Geschichtswissenschaft der DDR gleichwohl zu international anerkannten Leistungen fähig war, zeigt in diesem Band der Beitrag über Wirtschaftsgeschichte. Allgemein gilt, daß die Gefahr der Politisierung einer Disziplin im Sinne der Beeinträchtigung innerer wissenschaftlicher Standards um so größer war, je poli-

¹⁰ Programm der SED (1976): 61.

¹¹ Vgl. Bielka/Hohlfeld in diesem Band.

¹² Vgl. z.B. Berthold et al. (1971): bes. 1-17 (auch die folgenden Auflagen); Koselleck et al. (1977); zuletzt: Sabrow (1995a) u. (1995b) sowie Sabrow (1997).

tiknäher ihr Gegenstands- und Problembereich war. Je ausgeprägter die Kraft einer Wissenschaft zur endogenen Bestimmung ihres theoretischen, methodischen und auch fachsprachlichen Profils war, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, daß der geltende Leistungsbezug die Disziplin im Inneren formte oder gar verformte.

3 Steuerung und Kontrolle

Für alle Disziplinen galt, daß die Entscheidung darüber, welche Leistungen die Wissenschaften zu erbringen hatte, welche wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Probleme sie lösen sollten und worin ihre gesellschaftliche Verantwortung bestand, nicht den einzelnen Wissenschaftlern und ihrem Diskurs überlassen blieb. Die Bestimmung der sich wandelnden Zwecke der Wissenschaften und der einzelnen Aufgaben der Wissenschaftler war vielmehr Ergebnis eines immer neuen, die Einzelnen bindenden, politisch-wissenschaftlichen Diskussions-, Entscheidungs-, Planungs- und Steuerungsprozesses, in dem außerwissenschaftliche Instanzen, Kräfte und Personen erhebliches Gewicht besaßen und im Konfliktfall auch durchsetzen konnten (Primat der Politik vor der Wissenschaft). Für jede Disziplin bestand ein abgestufter Apparat der letztlich zentralen Planung und Leitung, in dem Wissenschaft und Politik in eigenartigen Formen zusammenwirkten.

Die institutionellen Regelungen variierten von Disziplin zu Disziplin und erscheinen - jedenfalls für den rückblickenden Beobachter von außen - reichlich verschlungen, unübersichtlich und aufwendig. Generalisiert man trotzdem, so lassen sich im wesentlichen vier Entscheidungs-, Koordinations- und Steuerungsebenen unterscheiden: *erstens* die Ebene der einzelnen Instituts-, Sektions- oder Abteilungsleitungen, die z.B. in vielen Akademieinstituten erhebliche Machtbefugnisse gegenüber den einzelnen Wissenschaftlern besaßen und entweder monokratisch oder kollegial organisiert waren. *Darüber* rangierten die Leitungsorgane der jeweiligen Disziplin oder Disziplinengruppe, also fachspezifische oder fächerspezifische Wissenschaftliche Räte oder Beiräte, denen oft stärker spezialisierte "Problemräte" (Terminologie wechselnd) zugeordnet waren. So gab es einen Rat für Geschichtswissenschaft, dem u.a. ein "Problemrat Wirtschaftsgeschichte" zugeordnet war. Zum Zentralen Rat für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften (ZENTRAAL) gehörte u.a. die Problemkommission "Ökonomie und Politik der Entwicklungsländer". 1980 wurden 21 Wissenschaftliche Räte für gesellschaftswissenschaftliche Forschung aufgelistet, unter anderem einer für "Staats- und rechtswissenschaftliche Forschung" und einer für "Wirtschaftswissenschaftliche Forschung"; dem letzteren waren neun speziellere Räte

zugeordnet, so u.a. einer für Politische Ökonomie des Sozialismus, einer für "Sozialpolitik und Demografie".¹³ In den Natur- und Technikwissenschaften existierten seit 1957 der Forschungsrat und seit den siebziger Jahren sogenannte "Hauptforschungsrichtungen" (HFR), mit entsprechenden Wissenschaftlichen Räten als Leitungsorganen. Beispielsweise gliederte sich die Mathematik in sechs, später sieben Hauptforschungsrichtungen: von "Algebra und Geometrie" bis zur "Computermathematik".¹⁴ Jede hatte ihren Wissenschaftlichen Rat. Auf der *nächsthöheren Ebene* wurden jedenfalls einige natur- und technikwissenschaftliche Hauptforschungsrichtungen in Programmräten koordiniert, so etwa im Rat für Medizinische Wissenschaft beim Ministerium für Gesundheitswesen oder durch das Programm "Biowissenschaften einschließlich der naturwissenschaftlichen Grundlagen der Medizin" bei der AdW.¹⁵ Die Wissenschaftlichen Räte im Bereich der Gesellschaftswissenschaften wurden von übergeordneten wissenschaftlichen Einrichtungen koordiniert, so von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED oder auch direkt von der AdW. Die *oberste* Entscheidungsebene stellten dann einerseits die zuständigen und bisweilen mit eigenen Beiräten ausgestatteten Ministerien (wie das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und das Ministerium für Wissenschaft und Technik), der Ministerrat und die Staatliche Plankommission dar, andererseits und vor allem die Abteilung "Wissenschaft" des ZK der SED und die mächtigen ZK-Sekretäre. Das Politbüro beschloß alle fünf Jahre den Zentralen Plan für die Gesellschaftswissenschaften, der vom Parteitag bestätigt wurde oder auf dessen Beschlüsse Bezug nahm. Für die Natur- und Technikwissenschaften bestimmte die Staatliche Plankommission die ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Schwerpunkte und Ziele der Forschungsvorhaben, die jährlich im Staatsplan Wissenschaft und Technik festgeschrieben wurden. Von den *sonstigen Gremien* sind zumindest die National-Komitees zu nennen, die für einzelne Fächer, zum Beispiel die Wirtschafts-geschichte oder die Biowissenschaften, die Vertretung gegenüber nicht-staatlichen internationalen Organisationen wahrnahmen und in dieser Hinsicht so etwas wie ein Kontaktmonopol besaßen. Daneben existierten in einigen Fächern Professionsorganisationen, so die sehr große, kaum handlungsfähige "Historikergesellschaft der DDR" in der Geschichtswissenschaft, die vor allem auf dem Gebiet der "Volksbildung" tätig war.

¹³ DDR-Handbuch (1985): 1523.

¹⁴ Vgl. den Beitrag Koch in diesem Band.

¹⁵ Vgl. das folgende Schaubild sowie den Beitrag Bielka/Hohlfeld in diesem Band.

Hierarchie der wissenschaftlichen Lenkungebenen in der DDR am Beispiel der biomedizinischen Forschung

Politbüro und ZK der SED	
<i>Abteilung Gesundheitspolitik beim ZK der SED</i>	<i>Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED</i>
Ministerium für Gesundheitswesen (MfG)	Ministerium für Wissenschaft und Technik (MWT)
Rat für Medizinische Wissenschaft	Forschungszentrum Molekularbiologie und Medizin der AdW der DDR
Staatsplan Wissenschaft und Technik/ Zentraler Plan des MfG	Programm Biowissenschaften einschließlich naturwissenschaftlicher Grundlagen der Medizin
Medizinische Hauptforschungsrichtungen, inkl. Lenkungsorgane: wissenschaftliche Räte/Projekträte, Sekretäre	Hauptforschungsrichtungen, inkl. Lenkungsorgane: wissenschaftliche Räte, Sekretäre
Forschungsaufgaben und Einzelvorhaben der Auftragnehmer an Medizinischen Fakultäten, Akademien und Instituten der AdW der DDR	Forschungsaufgaben und Einzelvorhaben der Auftragnehmer an Medizinischen Fakultäten, Akademien und Instituten der AdW der DDR

Neben den staatlichen Leitungsstrukturen und Lenkungsgremien existierte im politischen System der DDR - und somit auch in der Wissenschaftspolitik - in der Art einer nicht ganz symmetrischen Parallelstruktur ein hierarchisches Netz von SED-Parteiorganisationen und -leitungen der Institute, Bereiche, Programme, Sektionen, Universitäten, Akademien und - über allem thronend - die zuständigen Abteilungen beim ZK der SED. Die Parteileitungen (Parteisekretäre) wie auch die Gewerkschaftsleitungen und die MfS-"Beauftragten für Ordnung und Sicherheit" der wissenschaftlichen Institutionen waren in die staatlichen Leitungsprozeduren wie z.B. die regelmäßigen "Direktorendienstbesprechungen" voll integriert und machten ihren Einfluß auch in Instituten oder Gremien geltend, in denen SED-Mitglieder in der Minderheit waren. Darüber hinaus unterlagen die staatlichen Organe durch Berichtspflicht der ständigen Parteikontrolle.

Ein dichtes Gewebe von Räten und Gremien durchzog also den Wissenschaftsbetrieb der DDR und verknüpfte ihn mit Partei, staatlicher Politik und gesellschaftlichen Organisationen, auch mit Industriekombinaten (dies vor allem im

Bereich der Technikwissenschaften).¹⁶ Das Schaubild versucht dies für die Biomedizin zu illustrieren, kann allerdings die vielfachen Wechselwirkungen zwischen den Gremien nicht veranschaulichen. In den Gremien wirkten Wissenschaftler, Vertreter der Politik und Abgesandte anderer Organisationen zusammen, wobei sehr viel Personalunion bestand und häufig wissenschaftliche und politische Kompetenz in ein und derselben Person zusammenfielen - mit der Folge, daß sich aus dem großen Bereich des wissenschaftlichen Personals der Tendenz nach eine kleine Schicht von Wissenschaftler-Politikern absetzte, die in engster Verbindung mit den in den achtziger Jahren meist wissenschaftlich qualifizierten Funktionsträgern in den Partei- und Staatsgremien standen.¹⁷ In Form von Fünfjahresplänen, darauf fußenden Jahresplänen und regelmäßigen Zusammenkünften, die der Planung, Koordination und Evaluation - diese auf der Grundlage der regelmäßig einzureichenden zahlreichen Berichte - dienten, versuchte dieser Apparat, der Arbeit der Wissenschaftler in ihren Einrichtungen Ziel und Richtung, Schwerpunkte und Aufgaben zu geben, die Arbeitsteilung zu organisieren, Ressourcen zu verteilen und die Ergebnisse zu kontrollieren.

Die Arbeitsweise der Gremien unterschied sich von Fachrichtung zu Fachrichtung, wie sich bereits am Vergleich der Geschichtswissenschaft und der im ZENTRAAL vertretenen Regionalwissenschaften zeigt. Der Rat für Geschichtswissenschaft traf sich zumeist zwei bis viermal im Jahr (zwischen 50 und 70 Per-

¹⁶ Herbst et. al. (1994): 1193-1195.

¹⁷ Die Zusammensetzung der Wissenschaftlichen Räte folgte einem Grundschemata, das jedoch in der Praxis stark variierte. Zugehörig waren meistens die einschlägigen Sektions- und Institutsleiter qua Amt, die entsprechenden Wissenschaftlichen Mitarbeiter des MHF und der ZK-Abteilung "Wissenschaft", ein Vertreter des Wissenschaftlichen Beirats des MHF für die jeweilige Disziplin, Vertreter bzw. die Präsidenten der einschlägigen wissenschaftlichen Gesellschaften und Nationalkomitees (sofern vorhanden). Vertreter der einschlägigen Lehrstühle an den Leitinstitutionen. Das heißt z.B. im Fall des ZENTRAAL: die Bereichsleiter am Institut für Internationale Beziehungen beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten sowie Vertreter der Lehrstühle für die Geschichte der Arbeiterbewegung in den jeweiligen Regionen von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften. - Hinzu kamen durchweg wichtige Einzelpersonen, zumeist "bewährte" Lehrstuhlinhaber an Universitäten. Zu den Sitzungen wurden weitere Sachverständige aus der Wissenschaft eingeladen. Mitglieder wurden von der Leitinstitution bestimmt (die Vorschläge liefen vermutlich meist über die entsprechende ZK-Abteilung, die zustimmte oder ablehnte). Die Vorschläge kamen aus dem Kreis der Mitglieder, wobei Anciennität und gesellschaftliche Stellung des Kandidaten einen sehr hohen Stellenwert hatten. Das wissenschaftliche Renommee der Betroffenen wurde in den achtziger Jahren ein zunehmend wichtiger Faktor für die Ratsberufung.

sonen). Entscheidend für die Politik des Rates war jedoch dessen Sekretariat, das sich monatlich, z.T. auch zweiwöchentlich gemeinsam mit dem Präsidium des Rats traf und die anstehenden Themen (Planverfahren, Kaderrekrutierung etc.) verhandelte. Das Sekretariat bestand aus hauptamtlichen Funktionären des IML (ca. 5-10 Personen), geleitet vom Vorsitzenden des Rats für Geschichtswissenschaft, der gleichzeitig ZK-Mitglied war. In den beigeordneten Problemräten arbeiteten jeweils ca. 15 Wissenschaftler.¹⁸ Dagegen hatte der ZENTRAAL kein eigenes Sekretariat - die Organisation lief seit 1987¹⁹ über das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MHF) bzw. die betreffende Sektion an der Universität Leipzig. Er traf sich vergleichsweise selten, oft aber im Rahmen offener Tagungen. Die eigentlichen Entscheidungen wurden zwischen den einschlägigen ZK-Abteilungen, dem Außenministerium (und dessen zugeordneten Institutionen) sowie der Grundlagenabteilung der Leipziger Sektion abgesprochen und gefällt.

Es wäre falsch, sich den in und zwischen diesen Gremien ablaufenden Steuerungsprozeß als Anordnung "von oben nach unten", als Befehlsübermittlung von der Politik an die Wissenschaft, gewissermaßen als Kommandowissenschaft vorzustellen. Es war komplizierter. Denn *zum einen* gingen den Festlegungen in den Gremien ausführliche Diskussionen und Vorschlagsformulierungen in den Abteilungen, Sektionen und Instituten voraus. Einige davon - nicht alle (ein Selektionsprozeß, den man gern besser verstünde und der Verlierer gehabt haben muß) - fanden dann Eingang in die Planung, die zugleich Anstöße und Vorgaben aus dem Bereich der Politik aufnahm. Es gab also auch Elemente der wissenschaftlichen Selbststeuerung, der Willensbildung "von unten nach oben". *Zum anderen* bestand, wie erwähnt, viel Personalunion, nicht aber ein herrschaftliches Gegenüber von Politikern und Wissenschaftlern. *Zum dritten* hatten vorgeordnete Gremien zwar Kompetenzen der Planung, Evaluation und Empfehlung, aber oft nicht das Recht zur direkten Anordnung von Einzelheiten an die nachgeordneten Gremien. *Schließlich* blieben die Vorgaben der Planung häufig sehr allgemein und ließen den aktiven Individuen oder einzelnen Gruppen oft erheblichen Spielraum. Wie in bezug auf die Wirtschaftsgeschichte ausführlich gezeigt, interessierten sich die übergeordneten Gremien und insbesondere die Vertreter von Partei und Staat in der Regel nicht allzusehr für wissenschaftliche Inhalte, sondern lediglich für deren Systemkompatibilität.²⁰

¹⁸ Nach Ergebnissen von R. Wolz.

¹⁹ Bis dahin war der ZENTRAAL ein Problemrat des Rates für Außenpolitische Forschung gewesen und dem Institut für Internationale Beziehungen (IIB) - damit faktisch dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten - unterstellt, vgl. Interview mit G. Barthel in Hafez (1995): 467f.

²⁰ Vgl. den Beitrag von Fischer/Zschaler in diesem Band.

Andererseits blieb dieses mit dem Grundprinzip des "demokratischen Zentralismus" übereinstimmende System der Steuerung und Kontrolle von Wissenschaft keineswegs folgenlos. Es dürfte die Fähigkeit der DDR-Wissenschaften erhöht haben, größere koordinierte Kollektivleistungen vorzulegen.²¹ Das System bot Chancen zur Koordination, zur Diskussion und zur Evaluation, die von den Teilberichten über Biomedizin, Verfahrenstechnik und Mathematik auch im Rückblick vorwiegend positiv bewertet werden. So sehr es politische Einflüsse erlaubte und vorsah, so wenig verletzten diese *in den genannten Fächern* die Standards und Erwartungen der (meisten?) Wissenschaftler.²²

Das System setzte Prioritäten und zwar auf verbindliche Weise. So dürfte es zu einer gewissen Homogenisierung der Arbeit in den einzelnen Fächern beigetragen haben. Denn die Verwirklichungschance für Wissenschaftler, Ideen und Prioritäten, die nicht die Absegnung durch die Planungsgremien erhielten, war relativ gering. Außenseiter hatten es in einem solchen System besonders schwer, Spontaneität war nicht gewünscht, und wenn zwei führende Wissenschaftsforscher der DDR, listig und beschwörend zugleich, für das Recht der Überraschung in der wissenschaftlichen Forschung als Bedingung der Innovation (und als Grenze der Planbarkeit) plädierten²³, dann als Desiderat in einer durch Planung, Koordination, Berichtswesen und Ritualisierung schwerfällig belasteten Wirklichkeit. Für eine repräsentative Befragung zum Kinderwunsch mußte das durchführende sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut 1982 einen 20schrittigen Abstimmungsprozeß mit 10 staatlichen Stellen absolvieren, bevor es mit der Umfrage überhaupt beginnen konnte.²⁴

Dieses System der Steuerung und Kontrolle führte zwar in der Regel nicht dazu, daß die Politik den Alltag der Wissenschaft im einzelnen determinierte. Aber es gewährleistete doch die Dominanz der Politik in strategisch wichtigen Fragen. Was strategisch wichtig war, definierte die Politik. Es gab *Tabus*: Die theoretischen, im Marxismus/Leninismus fixierten Prämissen des geltenden Verhältnisses von Wissenschaft und Politik waren der wissenschaftlichen Kritik entzogen. Gewisse Fragen wurden von den Wissenschaftlern in diesem politisch-wissenschaftlich durchmischten System gar nicht gestellt.²⁵ Und es gab *gezielte politische Interventionen*. Die geschilderte Vernetzung von Wissenschaft und Politik war tragfähig genug, um etwa in den gegenwartsbezogenen Regionalwissen-

²¹ Dazu ausführlich im nächsten Kapitel.

²² Vgl. die Beiträge von Bielka/Hohlfeld, Fratzscher/Meinicke und Koch in diesem Band.

²³ Kröber/Laitko (1976): 53-59.

²⁴ Vgl. den Beitrag von Kaube in diesem Band.

²⁵ Dazu ausführlich das folgende Kapitel von Renate Mayntz.

schaften der politischen Seite die Möglichkeit zur direkten Zensur von Lehrbüchern und anderen öffentlichkeitswirksamen Darstellungen einzuräumen. Es war reaktionsfähig genug, um die Forschungs- und Veröffentlichungstätigkeit der Chinawissenschaft, in Übereinstimmung mit dem sich abrupt ändernden politischen Klima im Verhältnis von Sowjetunion, China und DDR, von einem Monat zum anderen herumzureißen, zweifellos in Verletzung wissenschaftlicher Prinzipien und ohne Rücksicht auf Selbstbewußtsein und Integrität der beteiligten Wissenschaftler.²⁶ Es war schlagkräftig genug, um durch die zuständigen ZK-Abteilungen bestimmte devisen- und reputationsversprechende Forschungsaufgaben unter "Parteikontrolle" und damit an den wissenschaftspolitischen Lenkungsgremien vorbei direkt von oben nach unten "durchzustellen". Es trug in einigen Disziplinen - Teile der Afrika- und Asienwissenschaften als Beispiel - dazu bei, daß sie dem aktuellen Politikbezug derart unterworfen wurden, daß man von politischer Instrumentalisierung und politisch bedingter Deformierung sprechen muß - anders als in der Mathematik, den Natur- und Technikwissenschaften, anders auch als in den von Gegenwart und Politik weiter entfernten Disziplinen und Teildisziplinen der Geisteswissenschaft (Forschungen zum Alten Orient als Beispiel), deren relative Freiheit allerdings oftmals mit reduzierter Ressourcenausstattung Hand in Hand ging.

4 Kommunikationskontrollen

Für alle untersuchten Fächergruppen gilt, daß sie Kommunikationskontrollen in einem Maße ausgesetzt waren, das in der westlichen Wissenschaftspraxis unbekannt ist. In der Rückschau erscheinen diese Restriktionen vielen Betroffenen als die durchschlagendste und disfunktionalste Form der politischen Steuerung. Die Beschränkung der Reisemöglichkeiten vor allem ins "Kapitalistische Ausland" (KA) nach Kriterien, unter denen politische Zuverlässigkeit eine wichtige Rolle spielte, vom zuständigen Kaderleiter "Beauftragten für Ordnung und Kontrolle" beurteilt werden mußte und in den abzuliefernden Berichten (über Reiseerfahrungen und Kontakte) möglichst zu bekräftigen war, führte zu einer ungunstigen inneren Hierarchisierung des wissenschaftlichen Personals und - noch gravierender - zur Behinderung entstehender oder zur Zerschlagung bestehender professioneller Kommunikationsnetze, deren große Bedeutung für wissenschaftliche Leistungsfähigkeit keinem Zweifel unterliegt und deren Unterentwicklung im Fall der DDR nach 1989/90 mit existentiellen Folgen in Erscheinung trat. In die-

²⁶ Vgl. den Beitrag von Krauth in diesem Band.

selbe Richtung wirkten die hierarchische Kontrolle von Mitarbeiterkorrespondenz durch die Leitungen der Institute, der erschwerte und bisweilen abgestufte Zugang zu westlichen Veröffentlichungen und - weniger wichtig und weniger allgemein - die Restriktion der Veröffentlichungsmöglichkeiten im Lande selbst. Jeder der vorstehend abgedruckten Teilberichte hat das Seine zu diesem Thema zu sagen.

Teilweise lag solchen Restriktionen wirtschaftlicher Mangel zugrunde. Knappe Devisen machten den Ankauf westlicher Bücher und die Finanzierung von Westreisen schwierig. Die vergleichsweise schlechte Ausstattung der Labors und Werkstätten mit Apparaten resultierte zur Gänze, die späte Durchsetzung der EDV zum Teil aus knappen Ressourcen. Aber ein erheblicher Teil der aufgeführten Restriktionen - bis hin zu den eingeschränkten Kopiermöglichkeiten - läßt sich nicht mit ökonomischer Knappheit erklären. Zu einem erheblichen Teil waren sie Ausdruck des Mißtrauens, das in dieser ziemlich geschlossenen Gesellschaft unter diktatorischem Dach generell existierte. Sie folgten aus dem Versuch der Herrschaft von Partei und Staat, ein Minimum an Kontrolle auch in solchen Bereichen zu etablieren, zu deren Funktionsvoraussetzungen weitgehende Selbststeuerung und freie Kommunikation gehören.

Die Strukturprinzipien einer Gesellschaft schlagen auch auf deren Wissenschaft durch. Eine geschlossene Gesellschaft kann sich keine offene Wissenschaft leisten. Öffentlichkeit war in der DDR ein weitgehend durch Partei und Staat gestaltetes und kontrolliertes Phänomen. Öffentlich ausgetragene Kontroversen blieben selten.²⁷ Der dafür nötige Pluralismus von kompetitiven Institutionen und Medien fehlte. Öffentlichkeit als Instanz der Kontrolle von Politik fiel aus. Vieles von dem, was das Volk wirklich bewegte, wurde in der Öffentlichkeit nicht formuliert, es kam nur unterhalb der Öffentlichkeitsschwelle zur Sprache: in den Familien, im Freundeskreis, in Witzen - in der Regel ohne Hinterlassung schriftlicher Spuren, es sei denn in den oftmals verzerrenden und einseitig auswählenden Berichten von Spitzeln.

Analog dazu spielte auch in den Wissenschaften der DDR Öffentlichkeit - im Sinne von Fachöffentlichkeit - eine sehr eingeschränkte Rolle. Zwar besaß der Koordinations-, Planungs- und Evaluationsprozeß, worauf vor allem im Bericht über Biomedizin hingewiesen wird, teilweise erhebliche Transparenz. Auf der anderen Seite sei an den Bericht über die Ostasienwissenschaft erinnert: Viele Dissertationen wurden nicht veröffentlicht. "Der Zugang zu den wenigen Bibliotheksexemplaren wurde durch Vermerke wie 'Geheim', 'Vertrauliche Dienstsache', 'Nur für den Dienstgebrauch', 'Nur mit Zustimmung des Leiters der Abtei-

²⁷ Risiken der Gentechnologie und Probleme einer sozialistischen Eugenik wurden allerdings in der "Sinn-und-Form-Debatte" und den "Gaterslebener Gesprächen" seit den späten siebziger Jahren diskutiert. Vgl. die Hinweise bei Bielka/Hohlfeld.

lung XX ausleihbar', 'Panzerschranksache' stark eingeschränkt und kontrolliert. Dies betraf durchschnittlich etwa die Hälfte der Dissertationen über Ostasien und zwei Drittel der Dissertationen über China. Diese Arbeiten waren häufig nicht in den Verzeichnissen der Hochschulschriften und Bibliothekskatalogen enthalten, bzw. nur in internen Sonderkatalogen aufgeführt." Veröffentlichungen spielten für Wissenschaftlerkarrieren eine viel geringere Rolle als dies in der BRD der Fall war und ist. Kontroversen zwischen unterschiedlichen Richtungen strukturierten die Forschungsliteratur in der DDR nur wenig. Entsprechend wenig ausgeprägt war der diskursive Charakter der Fachliteratur, wie oben vor allem in bezug auf Soziologie und Regionalwissenschaften ausgeführt wird. *Kritik* als Prinzip von Argumentation und Wahrheitsfindung scheint unterentwickelt gewesen zu sein, jedenfalls soweit aus den Publikationen ersichtlich und mit Ausnahme der oftmals äußerst polemischen Auseinandersetzungen mit dem "Klassenfeind".

Zweifellos hat im mündlichen Verkehr der Wissenschaftler untereinander sehr viel mehr Kritik stattgefunden, wie mehrfach berichtet wird. Auch wenn es um die Ausarbeitung eines Lehrbuchs, eines Grundrisses, einer Standarddarstellung ging, fand *intern* - im Medium von Gutachten und Gegengutachten - bisweilen ein Ringen zwischen unterschiedlichen Positionen statt, natürlich im Rahmen des durch die offiziell verbindliche Ideologie abgesteckten Spielraums. Aber die fachöffentliche und potentiell allgemeinöffentliche Kritik und Antikritik sind von allergrößter Bedeutung: als wichtigstes Medium der Prüfung, Revision und Bestätigung von wissenschaftlichen Einsichten, insbesondere in jenen Wissenschaften, denen ein direktes, ihre Ergebnisse eindeutig und schnell überprüfendes experimentelles Verfahren oder ein nachvollziehbarer Anwendungsbezug fehlt, also in den meisten Geistes- und Sozialwissenschaften. Sie kann durch kollegiale Gespräche und behördeninterne Abstimmungen nicht ersetzt werden. Sie war in der DDR unterentwickelt.

5 Kaderpolitik, Konflikte und Arrangement

Es gab individuelle Konflikte mit politischem Gehalt und dem Ergebnis der offenen Maßregelung oder Entfernung einzelner Wissenschaftler. Zum einen konnte der Konflikt aus politischen Komponenten der wissenschaftlich-fachlichen Tätigkeit erwachsen und dabei auch Personen involvieren, die sich im übrigen im Konsens mit den Prinzipien von Partei und Staat befanden. Dies galt etwa für den Fall des Philosophen Ruben, in gewissem Sinn auch für Ernst Bloch, und zweifellos für zahlreiche weniger prominente Fälle. Zum anderen konnten Wissenschaftler aus rein politischen, von ihrer fachlichen Tätigkeit weitgehend unab-

hängigen Gründen in Konflikt mit den Herrschaftsstrukturen geraten. Bekanntestes Beispiel ist Robert Havemann, der nicht als Chemiker, sondern ausschließlich als politisch handelnder Bürger der DDR zum Problemfall und Skandal wurde. Ähnlich gilt dies für eine ganze Reihe von Dissidenten der letzten Jahre. Oben wird erwähnt, daß ein Mathematiker aus seinem Akademie-Institut entlassen wurde, als er im Wahllokal demonstrativ der vorliegenden Liste die Zustimmung vorenthielt.²⁸ Zu der Vielzahl von Mischfällen, in denen Wissenschaft und Politik aus den oben beschriebenen Gründen nicht auseinanderzuhalten sind, gehören prominente Beispiele wie der Konflikt mit Bahro, die Beiseitdrängung von Steinitz und wiederum eine kaum dokumentierbare Fülle von wenig bekannten Beispielen.

Solche Konfliktfälle - die spektakulären, aber auch die eher geahnten, die eher gerüchteweise wie die tatsächlich bekannt werdenden Beispiele - waren von großer Bedeutung über die einzelnen Fälle hinaus. Sie führten nämlich den vielen beobachtenden Dritten exemplarisch vor, was die Folgen von Unbotmäßigkeit für die Betroffenen sein konnten, und demonstrierten, daß Abweichungen keine Durchsetzungsschance hatten.²⁹

Doch anders als in früheren Jahrzehnten scheint es in den achtziger Jahren - mit der Ausnahme der Zusammenbruchphase - nur zu wenig offenen Konflikten zwischen den politischen Erwartungen und ihren Trägern einerseits, den Wissenschaftlern und ihren Standards andererseits gekommen zu sein. Dies läßt sich nur zum Teil aus dem System der Steuerung und Kontrolle erklären, das Politik und Wissenschaft symbiotisch verband, auch nicht hinreichend aus den geschilderten Restriktionen der Kommunikation. Vielmehr ist auf die Rolle der langjährigen Kaderpolitik und der Partei zu verweisen. Für alle Disziplinen galt, daß bei der Rekrutierung des wissenschaftlichen Personals immer auch politische Kriterien eine Rolle spielten. Politisch abweichendes Verhalten, auch wenn es sich im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten hielt, reduzierte die Chance zur Ausübung eines wissenschaftlichen Berufs rasch und durchschlagend. Es führte, wenn ausgeprägt genug, zum Ausschluß vom wissenschaftlichen Betrieb - im Konfliktfall durch Entlassung, häufiger durch Nichtzulassung von Anfang an, am häufigsten vermutlich durch Antizipation und daraus folgenden Verzicht auf Wissenschaftlerkarrieren, die unter liberaleren Bedingungen zustande gekommen wären. Dieser Mechanismus griff in den verschiedenen Disziplinen, Institutionen und auf den verschiedenen Rangstufen unterschiedlich stark. Die Akademieinsti-

²⁸ Vgl. den Beitrag Koch in diesem Band; Havemann (1991); Die Entlassung (1996).

²⁹ Vgl. Herzberg (1996); Die Entlassung (1996); Neubert (1997) - Im übrigen danke ich Manfred Bierwisch für die Informationen, die dem vorstehenden Abschnitt zugrunde liegen.

tute gewährten mehr Spielraum als die Hochschulen, die Studenten ausbildeten und in denen deshalb politische Linientreue eindeutiger gefordert und schärfer überprüft wurde. Während wissenschaftliche Leitungspositionen in den achtziger Jahren ohne Parteimitgliedschaft nur noch schwer zu erreichen waren, konnten untergeordnete Mitarbeiterpositionen auch von politisch nicht klar identifizierten Personen besetzt werden. Die folgende Tabelle illustriert dies in bezug auf die biomedizinischen und biologischen AdW-Institute. In den gesellschaftswissenschaftlichen Instituten lag der Anteil der SED-Mitglieder in den verschiedenen Personalkategorien zweifellos noch höher³⁰. Der Anteil von SED-Mitglieder unter den Universitätsprofessoren betrug 1954 erst 29 %, 1971 schon 61 %. Seit Mitte der 70er Jahre lag der Anteil der SED-Mitglieder unter den neuberufenen Professoren bei über 80 %.³¹

*SED-Anteil am Personal der biomedizinischen und biologischen Institute der AdW 1985 (in %)*³²

	Biomedizinische Institute	Biologische Institute
Institutsdirektor	80	100
Stellvertreter	60	50
Bereichsleiter	44	50
Abteilungsleiter	22	8
übrige Mitarbeiter	11	9,5

Politische und wissenschaftliche Rationalitätskriterien traten nicht notwendig in Konflikt miteinander. Wer aus Überzeugung oder Anpassung politisch akzeptabel oder förderungswürdig war, war sehr häufig auch aufgrund wissenschaftlicher Qualifikationen akzeptabel und förderungswürdig. Andererseits ging beides nicht immer zusammen. Was die DDR-Wissenschaft an Leistungsfähigkeit verloren hat, weil die politisch zuverlässige Person der wissenschaftlich überlegenen bei der Beförderung in eine Leitungsposition vorgezogen oder eine politisch

³⁰ Z.B. waren im Zentralinstitut für Geschichte (ZIG) im Juli 1981 von 181 "Mitarbeitern/Forschung" 126 in der SED (d.h. ca. 69,6 %). Die Verteilung über die jeweiligen Forschungsbereiche: WB Geschichte der DDR: 92,3 %, WB Dt. Geschichte 1917-1945: 88,2 %, WB Dt. Geschichte 1789-1917: 82,6 %, WB Feudalismus: 57,8 %, WB Allgemeine Geschichte: 67,5 %, WB Entwicklungsländer: 72,2 %, WB Kulturgeschichte/Volkskunde: 46,1 %, FS Methodologie 85,7 %. Quelle: BBAW-Archiv, ZIG 212/2: Kaderprogramm für den Perspektivplanzeitraum 1981-1985 (VD ZIG/1/81) (o. Bl.).

³¹ Vgl. Jessen (1994): 225-227 sowie 243 (Tab.3); siehe auch Jessen (1995b): 123-126.

³² Quelle: Auswertung von Unterlagen aus dem Akademiearchiv durch R. Hohlfeld.

aufmüpfige, aber wissenschaftlich innovative Person gar nicht zum Zuge kam, läßt sich im nachhinein nicht mehr ermesen. In den achtziger Jahren befanden sich jedenfalls genug qualifizierte Wissenschaftler in der Partei, um es den rekrutierenden Leitungen zu erlauben, dem Kriterium der politischen Loyalität bei der Einstellung und Beförderung voll Rechnung zu tragen, ohne das Kriterium der Qualifikation (zu sehr) zu verletzen.

Die insgesamt starke, wenn auch nach Fachrichtungen differierende Vertretung von Parteimitgliedern im wissenschaftlichen Personal half zweifellos mit, die Häufigkeit offener politikhaltiger Konflikte zwischen den einzelnen Wissenschaftlern und ihren Institutionen stark zu reduzieren. Denn die Grundorganisationen der Partei in den wissenschaftlichen Einrichtungen waren mit ihren regelmäßigen Versammlungen Orte der Konsensherstellung, der Durchsetzung von Parteibeschlüssen, der Disziplinierung, aber auch des Aushandelns von Einzelheiten. Hier nahmen die Parteigenossen unter den Wissenschaftlern - und das waren, wie erwähnt, die meisten - teil, hier wurden sie durch "Parteidisziplin", unter Androhung von "Parteistrafen", mit anderen Pressionen und durch Überzeugungsarbeit auf die jeweilige Linie eingeschworen. Für die Zwecke der Konfliktlösung, Disziplinierung und Konsensbildung standen also nicht nur die typischen Mittel des wissenschaftlichen Diskurses (Argumente etc.) und der wissenschaftlichen Institutionen (fachlich-institutionelle Hierarchie), sondern auch politische Mittel zur Verfügung: die Macht der Partei und die Loyalität zu ihr. Es war für Parteimitglieder außerordentlich schwer und meist nur durch offenen (oft mit unpolitischen Gründen getarnten) Bruch möglich, sich solchen Erwartungen der Partei zu entziehen. Die mögliche und oft wirkliche Spannung zwischen Parteiloyalität (oft auf der Basis grundsätzlicher Überzeugung) und wissenschaftlichen Pflichten wurde damit in den einzelnen Wissenschaftler verlegt, und das führte vielfach zu ganz gespaltenen Verhaltensweisen mit einschneidenden persönlich-emotionalen Folgewirkungen. Der beträchtliche Wirkungsgrad der Kaderpolitik, die nicht nur in der Belohnung durch Aufstieg, sondern auch in kontinuierlich begleitenden Beeinflussungen bestand, ist ohne diese Mechanismen, die die eigentliche Funktion der immer wieder bekräftigten, nachgerade mythischen Parteidisziplin ausmachten, nicht wirklich verständlich.

Diese Mechanismen waren nicht auf wissenschaftliche Institutionen beschränkt, sie bildeten vielmehr einen konstitutiven Teil des ubiquitären "demokratischen Zentralismus". Es liegt aber in der Natur der Sache, daß sie im Bereich der Wissenschaft insofern einen speziellen Charakter annahmen, als sie hier in wesentlichen Zügen an die Stelle des wissenschaftlichen Diskurses traten, jedenfalls dann, wenn dieser für die Partei problematisch wurde. Das war keineswegs nur

dann der Fall, wenn ideologisch-inhaltliche Momente strittig wurden, sondern in allen Punkten, in denen es um "Machtfragen" ging.

Eigenartig waren in diesem Kontext Stellung und Funktion des Parteisekretärs, der in der Grundorganisation als der Einheit, in der die Disziplinierung ebenso wie das "Wir-Gefühl" ihren eigentlichen Platz hatten, ein Wahlamt darstellte - mit strikt regulierter Wählbarkeit. Das bedeutete im Vergleich zum jeweils parallelen "staatlichen Leiter" sowohl Vor- wie Nachteile. Einerseits war nur die staatliche Leitung an verbindliche Karrierestufen gebunden und der eigentliche Ausweis des beruflichen Aufstiegs. Andererseits war im Konfliktfall der Parteisekretär der Träger der politischen Macht und verantwortlich für die Durchsetzung der Parteilinie, insofern dem staatlichen Leiter gegenüber nicht förmlich, aber de facto weisungsberechtigt. In dieses Kompetenzfeld gehörte übrigens mit nachgeordneter Stellung auch der Gewerkschaftssekretär.

Alle in diesem Feld von Wirkungen und möglichen Konflikten liegenden Prozesse waren an identifizierbare Personen und Positionen gebunden. Einen vergleichsweise schattenhaften Charakter hatten demgegenüber die Wirkungsmomente der Stasi, deren Allgegenwärtigkeit zwar unterstellt und berücksichtigt wurde, aber nur selten direkt in Erscheinung trat. Bekannt war, daß alle Berichte, insbesondere von Auslandsreisen, in mindestens einem Exemplar an die Stasi gingen und daß Entscheidungen über Reisemöglichkeiten grundsätzlich in deren Zuständigkeit fielen. Aber zumeist war die Mitwirkung der Staatssicherheit in Dunkel gehüllt und gewissermaßen gespensterhaft.³³

Wolfgang Engler hat beschrieben, wie die Gefügigkeit in den Organisationen der DDR - auch in den wissenschaftlichen Institutionen - bis in die achtziger Jahre zunahm und dies auch mit den Karrieremustern zusammenhing.³⁴ Man hat den Eindruck, daß die Spielräume, die das System trotz aller Steuerung und trotz aller Restriktionen bot, häufig nicht voll ausgeschöpft wurden. Es herrschte ein Klima des Sicharrangierens, der Anpassung, des Sich-nicht-exponieren-Wollens vor. Es gab Zustimmung zum System aus Überzeugung. Wer ihm nicht völlig zustimmte, mochte es doch tolerieren. Es gab Indifferenz und viel Rückzug auf sich selbst. Es gab immer Reserviertheit und Resistenz bei einigen, doch auch dann konnte man sich meist arrangieren. Dieses interne Klima der Wissenschaft war auch Resultat jahrzehntelanger Politik - Politik der Kaderbildung, der Meinungsbildung, der Sozialisation, der Alternativenbeschneidung, der demonstrativen Einschüchterung, der gestuften Privilegierung, der Einbindung durch politi-

³³ Die letzten Absätze auf der Grundlage von Mitteilungen von Manfred Bierwisch. - Vgl. auch Eckert (1994): 304-338; Voigt/Mertens (1995).

³⁴ Engler (1992): 88-99. Vgl. auch Mayer/Solga (1994): 193-208; Mayer/Diewald (1996): 8-17.

sche Mittel über die Partei und die Massenorganisationen. Dieses Klima half andererseits mit, viele Konflikte antizipierend aufzulösen, direkte politische Eingriffe in der Regel überflüssig zu machen, Selbstzensur an die Stelle der Fremdzensur zu setzen. Es war Teil jenes symbiotischen Verhältnisses von Wissenschaft und Politik - bei letztinstanzlicher Dominanz der Politik -, die die Realität der DDR in den achtziger Jahren charakterisierte. Wie brüchig dieses Klima des Arrangements und des Einverständnisses gleichwohl war, zeigte sich in der Phase des Zusammenbruchs seit den späten achtziger Jahren. Doch die Revolution ging nicht aus den wissenschaftlichen Einrichtungen hervor. Der schrittweise Zusammenbruch der Machtstrukturen hat sich nur wenig in der Wissenschaft abgespielt. Der stets stärker verdächtige und oft wesentlich rüder disziplinierte Bereich von Literatur und Kultur war weit stärker Schauplatz der Meinungsdifferenzierung und Konfrontation in der Schlußphase der DDR. Man mag daraus schließen, daß es leichter ist, die Amtsträger im Bereich der Wissenschaft in strikte Disziplin zu nehmen als Autoren, Regisseure und Komponisten. Man kann auch daraus schließen, daß das symbiotische Verhältnis von Politik und Wissenschaft in den achtziger Jahren vergleichsweise viel Stabilität gewonnen hatte und nicht allzusehr auf grundsätzliche Veränderung drängte.

6 Fazit

Bestätigen die Befunde die These von der "durchherrschten", durchpolitisierten, gar totalitär instrumentalisierten DDR-Gesellschaft? Oder bekräftigen sie eher die Einsichten in die "Grenzen der Diktatur"?

Zweifellos ging die Verwischung der Abgrenzungslinien zwischen Politik und Wissenschaft sehr weit. Nach dem marxistisch-leninistischen Selbstverständnis stellten beide eine dialektische Einheit dar. Auch in der Realität befanden sie sich in einem engen, sich gegenseitig durchdringenden Verhältnis, jedoch mit letztinstanzlicher Steuerungsdominanz der Politik. Ein hohes Maß an Politisierung fand statt. Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft in teilautonome Teilbereiche, die nach je eigenen Regeln funktionieren - das war nicht das Bauprinzip der DDR, und die Analyse des Verhältnisses von Politik und Wissenschaft hat dies erneut bekräftigt.

Doch der Begriff der "Durchherrschung" greift zu kurz. Erst recht scheint die These von der totalitären Instrumentalisierung die Realität zu verfehlen. Das Verhältnis von Politik und Wissenschaft läßt sich nicht hinreichend als Verhältnis von Herrschaft und Unterwerfung fassen. Zwar gab es starke Impulse, Vorgaben und Erzwingungen "von oben nach unten", doch die Einflüsse gingen in ver-

schiedene Richtung, auch Elemente der wissenschaftlichen Selbstorganisation und der Willensbildung "von unten nach oben" fehlten nicht. Es bestanden symbiotische Verhältnisse, aus denen allerdings die meisten "einfachen" Wissenschaftler ausgegrenzt blieben. Offene Konflikte waren in den achtziger Jahren selten. Entschiedene Kaderpolitik und jahrzehntelange Sozialisation bildeten den Hintergrund für vielfältige Übereinstimmungen und Arrangements.

Zum andern: Die politische Beeinflussung, Steuerung und Durchdringung der Wissenschaften hatten ihre Grenzen. Es gab, vor allem in den Natur- und Technikwissenschaften, auch in der Mathematik, viel Raum zur relativ autonomen Selbststeuerung der Wissenschaftler. Die Grenze der politischen Durchdringung der Wissenschaften wurde nicht zuletzt durch deren Funktionsimperative markiert. Das soll heißen: Wenn man denn eine funktionierende Biomedizin zum Wohl der eigenen Bevölkerung, zur Erbringung qualifizierter Leistungen verschiedener Art, zur Nachwuchsausbildung und zur Stärkung der Stellung und des Ansehens der DDR im Weltmaßstab wollte, dann mußte man dieser Wissenschaft ein erhebliches Maß an Selbststeuerung belassen, um sie nicht zu beschädigen oder zu zerstören. Nach der Lyssenko-Ära nahm die Partei- und Staatsführung darauf in der Regel Rücksicht. Selbst für das Verhältnis von Politik und Geschichtswissenschaft gilt, daß man die Historiker nicht allzu robust im Namen von "Parteilichkeit" daran hindern durfte, universell anerkannte quellenkritische Überprüfungsverfahren zu praktizieren, wenn sie denn nicht aufhören sollten, Historiker zu sein und als solche anerkannt zu werden - was auch aus Sicht von Partei und Politik nicht wünschenswert war. In all diesen Hinsichten spielten die Einbindung in die internationalen Professionen und deren Wahrnehmung der Verhältnisse in der DDR eine große Rolle. Die Grenzen der diktatorischen Durchdringung der Gesellschaft zeigen sich mithin gerade im Fall der Wissenschaften sehr deutlich. Doch bestanden große Unterschiede von Fach zu Fach.

Was dieses begrenzt symbiotische Verhältnis von Politik und Wissenschaft für den Bereich der Politik bedeutete - für die Wirtschaftspolitik, für den Bereich des Militärs und der Staatssicherheit, für die politische Willensbildung und die Herrschaftsausübung generell -, das hat die Arbeitsgruppe nicht untersucht. Sie hat nicht untersucht, welches Gewicht Expertisen und Experten aus der Wissenschaft in der Politik tatsächlich hatten. Zweifellos ergäbe eine solche Untersuchung große Unterschiede zwischen den Disziplinen. Die Bereitstellung technischen Wissens und die Ausbildung geschulten Fachpersonals durch die Verfahrenstechnik kam in der DDR mit ihrer sozialistischen Wirtschaftsordnung dem Staat als wirtschaftendem Subjekt unmittelbar zugute. Die Rechtswissenschaft diente dem Herrschaftssystem durch Ausbildung von Fachpersonal, Bereitstellung von Expertisen für Regierung, Verwaltung und Rechtsprechung sowie durch öffentli-

che Legitimation, wenngleich das tatsächliche Gewicht juristischen Sachverstands in den Zentren der politischen Macht dieses nicht rechtsstaatlich geprägten, viel Willkür ermöglichenden und die Partei vor den Staatsorganen eindeutig privilegierenden Systems geringer gewesen ist als in westlichen Rechts- und Verfassungsstaaten. Die Afrika- und Asienwissenschaften trugen zur Ausbildung von Fachpersonal der mittleren Ebene des diplomatischen Dienstes kräftig bei; sie erfüllten propagandistische Funktionen; ihre Rolle in der Politikberatung war dagegen vermutlich gering. Die tatsächlichen Leistungen der Wirtschaftswissenschaften dürften sich auf Beiträge zur Volksbildung und Propaganda konzentriert haben. Die Kritik der Politik von Partei und Staat gehörte nicht zu den von der Wissenschaft erwarteten Leistungen, schon gar nicht die öffentliche, wenngleich in den osmotischen Austauschverhältnissen, in denen die politische Steuerung von Wissenschaft realisiert wurde, die Politik durch Wissenschaft in einer Weise beeinflusst wurde, die Elemente fragmentierter Kritik - Einzelkritik - enthalten konnte. Jedenfalls war auch in der DDR die Politik - und "Politik" umfaßte hier sehr viel mehr Lebensbereiche als im Westen - weit davon entfernt, primär die Ausführung von wissenschaftlich eruierten Grundsätzen und Handlungsanweisungen zu sein. Parteiführung und Staat der DDR beriefen sich gern auf Wissenschaft als Legitimation, deren rationalisierender und damit kontrollierender Macht unterwarfen sie sich dagegen kaum. Die DDR war keine Technokratie. Das DDR-spezifische Verhältnis von Politik und Wissenschaft hat auf die letztere die größeren Wirkungen ausgeübt. Die zentrale Steuerung und Kontrolle hat des öfteren die innere Koordinationsfähigkeit der Wissenschaften erhöht. Die durchsetzbaren Erwartungen, die Partei, Staat und Gesellschaft gegenüber den Wissenschaften hegten, haben deren Profil mitgeprägt, mit sehr großen Unterschieden von Fach zu Fach. Die Verknüpfung mit der Politik hat die Wissenschaften - jedenfalls im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich - immer wieder daran gehindert, ihren eigenen Regeln zu folgen. Die Verletzung wissenschaftlicher Standards konnte die Folge sein, die Entfaltung der wissenschaftsspezifischen Rationalität wurde häufig behindert, Experimentierlust und Innovationsfähigkeit blieben zurück. Doch stellt dies bereits einen Vorgriff auf das folgende Kapitel dar, in dem Renate Mayntz diese Probleme ausführlich behandelt.

Literatur

- Arendt, H. (1993): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 3. Aufl.
- Backes, U. & E. Jesse (1992): Totalitarismus und Totalitarismusforschung. Zur Renaissance einer lange tabuisierten Diskussion. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, S. 7-27
- Berthold, W. et al. (Hg.) (1971): Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Handbuch, Köln
- Bessel, R. & R. Jessen (Hg.) (1996): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen
- Bracher, K.D. (1987): Die totalitäre Erfahrung, München
- DDR-Handbuch (1985), hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bd. 2, Köln
- Die Entlassung (1996), Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften der DDR 1965/66. Eine Dokumentation, hrsg. v. S. Müller & B. Florath, Berlin
- Eckert, R. (1994): Geheimdienst und Hochschulen in der DDR. In: Jaraus, K. H. & M. Middell (Hg.), Nach dem Erdbeben, Leipzig, S. 304-338
- Engler, W. (1992): Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus, Frankfurt/M., S. 88-99
- Friedrichs, K.J. & Z. Brzezinsky (1957): Totalitäre Diktatur, Stuttgart
- Fulbrook, M. (1994): Gehorsam und Verweigern. Die DDR als Diktatur. In: Kocka/Sabrow (1994), S. 77-85
- Fulbrook, M. (1995): Anatomy of a Dictatorship. Inside the GDR, 1949-1989, Oxford
- Fulbrook, M. (1996): Methodologische Überlegungen zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR. In: Bessel/Jessen (1996), S. 274-297
- Hager, K. (1987): Wissenschaft und Wissenschaftspolitik im Sozialismus. Vorträge 1972-1987, Berlin (Ost)
- Havemann, R. (1991): Dokumente eines Lebens, 1991
- Henrich, R. (1990): Der vormundschaftliche Staat, Leipzig
- Herbst, A. et. al (1994): So funktionierte die DDR. Lexikon der Organisationen und Institutionen, 2 Bde., Berlin
- Herzberg, G. (1996): Abhängigkeit und Verstrickung. Studien zur DDR-Philosophie, Berlin
- Jesse, E. (1994): War die DDR totalitär? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B40, S. 12-14
- Jessen, R. (1994): Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära. In: Kaelble et al. (1994), S. 217-253
- Jessen, R. (1995a): Die Gesellschaft im Staatssozialismus, Probleme einer Sozialgeschichte der DDR. In: Geschichte und Gesellschaft 21, S. 96-110
- Jessen, R. (1995b): Zur Sozialgeschichte der ostdeutschen Gelehrtenschaft. 1945-1970. In: Sabrow/Walther (1995): S. 121-143
- Kaelble, H. et al. (Hg.) (1994): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart
- Kershaw, J. (1994): Totalitarianism Revisited. Nazism and Stalinism in Comparative Perspective. In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 22, S. 23-40

- Kocka, J. & M. Sabrow (Hg.) (1994): Die DDR als Geschichte. Fragen, Hypothesen, Perspektiven, Berlin
- Kocka, J. (1993): Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung. In: Ders. (Hg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin, S. 9-26
- Kocka, J. (1994): Eine durchherrschte Gesellschaft. In: Kaelble et al. (1994), S. 547-553
- Koselleck, R. et al. (Hg.) (1977): Objektivität und Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft, München
- Krauth, W.-H. & R. Wolz (Hg.) (1998): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Asien- und Afrikawissenschaften im Umbruch, Berlin
- Krüger, G. & H. Laitko (1976): Wissenschaft als soziale Kraft, Berlin (Ost)
- Lepsius, R.M. (1994): Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR. In Kaelble et al. (1994), S. 17-30
- Lindenberger, Th. (1996): Alltagsgeschichte und ihr möglicher Beitrag zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR. In: Bessel/Jessen (1996), S. 298-325
- Materialien der Enquete-Kommission (1995): "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bd. 9, Baden-Baden
- Mayer, K. U. & H. Solga (1994): Mobilität und Legitimität. Zum Vergleich der Chancenstrukturen in der alten DDR und der alten BRD oder: Haben Mobilitätschancen zu Stabilität und Zusammenbruch der DDR beigetragen? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46, S. 193-208
- Mayer, K. U. & M. Diewald (1996): Kollektiv und Eigensinn. Die Geschichte der DDR und die Lebensverläufe ihrer Bürger. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 46, S. 8-17
- Meuschel, S. (1993): Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR. In: Geschichte und Gesellschaft 19, S. 5-14
- Neubert, E. (1997): Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin
- Pollack, D. (1990): Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der Zeit. In: Zeitschrift für Soziologie 19, S. 292-307
- Pollack, D. (1994): Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR, Stuttgart
- Pollack, D. (1998): Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. In: Geschichte und Gesellschaft 24, (im Druck)
- Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland (1976), Berlin,
- Sabrow, M. & P.Th. Walther (Hg.) (1995): Historische Forschung und sozialistische Diktatur: Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR, Leipzig
- Sabrow, M. (1995a): Geschichte als Herrschaftsdiskurs - Der Fall Günter Paulus. In: Berliner Debatte Initial, Nr. 4/5, S. 51-67
- Sabrow, M. (1995b): Parteiliches Wissenschaftsideal und historische Forschungspraxis. Überlegungen zum Akademie-Institut für Geschichte (1956-1989). In: Sabrow/Walther (1995): S. 195-225

- Sabrow, M. (Hg.) (1997): Der staatssozialistische Geschichtsdiskurs im Spiegel seiner Gutachtenpraxis. In: Ders. (1997): *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR*, Leipzig, S. 35-65
- Schroeder, K. (1994): Die DDR als politische Gesellschaft. In: Ders. (Hg.), *Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen*, Berlin, S. 11-26
- Tenorth, H.-E. et al. (1996): Politisierung im Schulalltag der DDR. Durchsetzung und Scheitern einer Erziehungsambition, Weinheim, S. 34-36
- Voigt, D. & L. Mertens (Hg.) (1995): *DDR-Wissenschaft im Zwiespalt zwischen Forschung und Staatssicherheit*, Berlin
- Winter, K. (1980): *Das Gesundheitswesen der DDR*, Berlin